

Pressemitteilung

Baunachfrage zieht an, Mineralölpreise belasten

Februar-Zahlen: Reale Aufträge insgesamt im Plus, Wohnungsbau im Minus, Straßenbau stagniert. Umsätze witterungsbedingt rückläufig.

18/26
Berlin, 24.04.2026

Das Statistische Bundesamt meldete für das deutsche Bauhauptgewerbe^{1,2} für den Monat Februar 2026 im Vergleich zum Vorjahresmonat ein reales Orderplus von 9,8 Prozent, zum Vormonat³ von 7,6 Prozent. „Der Rückgang im Januar war demnach nur ein kleiner Rückschlag, die vorsichtigen Wachstumssignale des vergangenen Jahres haben sich im Februar fortgesetzt. Wenn auch nicht in allen Sparten und Regionen, so hat der Wohnungsbau von den gestiegenen Baugenehmigungen noch nicht profitiert. Auch der Straßenbau ist trotz mehrmaliger Beteuerung der Politik, dass Projekte angestoßen wurden, nicht aus dem Tritt gekommen.“ Mit diesen Worten kommentiert der Hauptgeschäftsführer der BAUINDUSTRIE, Tim-Oliver Müller, die heute veröffentlichten Konjunkturindikatoren für den Bau. Die Auftragseingänge im Wohnungsbau² seien im Februar um real knapp 5 Prozent zurückgegangen, für die ersten zwei Monate werde damit ein Minus von 10 Prozent ausgewiesen. Der Straßenbau lag im Februar nur unwesentlich über dem niedrigen Vorjahresniveau. Aufgrund des Einbruchs im Januar werde kumuliert ein Minus² von 8 Prozent gemeldet. Für das gesamte Bauhauptgewerbe ergebe sich in Summe der ersten zwei Monate aber ein reales Plus von 2,7 Prozent.

Bau-Preise: Seriöse Kalkulation derzeit nicht möglich

Müller: „Hierbei muss allerdings berücksichtigt werden, dass die Auftragseingänge den Trend aus der Zeit vor Beginn des Irankriegs widerspiegeln. Die gestiegenen Öl- und Gaspreise, deren Konsequenzen auf die Baumaterialkosten, die leicht gestiegenen Zinsen sowie die Verunsicherung bei den Unternehmen haben sich noch nicht ausgewirkt. Dies kann aber noch kommen.“ So hätten 86 Prozent der im Rahmen der aktuellen DIHK-Blitzumfrage zu den „wirtschaftlichen Folgen des Nahost-Konflikts“ befragten Bauunternehmen über gestiegene Energiekosten geklagt, drei Viertel über gestiegene Rohstoff- und Materialkosten. Damit sei der Bau stärker betroffen als andere Wirtschaftszweige (gesamtwirtschaftlicher Durchschnitt: 71 bzw. 58 Prozent). 57 Prozent der Befragten hätten sogar angegeben, dass sie schon ihre Preise anpassen mussten. „Dies ist auch kein Wunder, schließlich hat die Ölpreissteigerung schon auf die Preise für Dieselkraftstoff und Bitumen durchgeschlagen.“

Die Unternehmen meldeten im März binnen Monatsfrist Preissteigerungen von 25,3 bzw. sogar von 36,4 Prozent. Damit wurden die starken Preissteigerungen in Folge des Angriffskriegs auf die Ukraine im März 2022 fast erreicht, bzw. sogar deutlich überschritten. In den März-Daten sind die starken Preissprünge bei Öl Ende März noch gar nicht enthalten, da der Erzeugerpreisindex zur Monatsmitte ermittelt wird. Weitere Preissprünge sind somit vorprogrammiert. So gaben in der aktuellen Mittelstands-Umfrage der Creditreform 56 Prozent der befragten Bauunternehmen an, dass sie planen, ihre Angebotspreise in naher Zukunft weiter zu erhöhen, lediglich drei Prozent gehen von sinkenden Preisen aus.

Preisrisiken internationaler Krisen: Bauunternehmen nicht allein lassen

Müller: „Derzeit ist eine seriöse Kalkulation von Bauleistungen kaum möglich. Aufgrund der volatilen Situation und der weiterhin hohen Unsicherheit sind die Unternehmen gezwungen, sofern keine Preisgleitungen vereinbart wurden, Risikoaufschläge in ihre Angebote einzupreisen, was zu deutlich höheren Angebotspreisen sowie Verzögerungen bei den dringend notwendigen Investitionen in den Wohnungsbau und unsere Infrastruktur führen kann. Dass dies schon Realität ist, belegen die Umfrageergebnisse. Dies kann nicht im Interesse der Politik sein. Wir appellieren deshalb an die öffentlichen Auftraggeber, rückwirkende Preisgleitungen einzuführen. Die Bauunternehmen können nicht allein die Preisrisiken internationaler Krisen tragen, die Risiken müssen fair verteilt werden. Schließlich muss die Branche auch morgen noch in der Lage sein, Deutschlands Wohnungen und Infrastruktur bauen zu können.“

Der baugewerbliche Umsatz im gesamten Bauhauptgewerbe¹ ist im Februar (im Vergleich zum Vorjahresmonat) um real 13,2 Prozent zurückgegangen. Für den gesamten Zeitraum Januar bis Februar wird damit ein Minus von real 10,6 Prozent ausgewiesen. Dass sich die verbesserte Auftragslage nicht in den Umsatzzahlen niederschlägt, ist der vergleichsweise schlechten Witterung zu Jahresbeginn geschuldet. Im Rahmen des ifo-Konjunkturtests klagten im Durchschnitt der ersten zwei Monate 56 Prozent der befragten Bauunternehmen über witterungsbedingte Beeinträchtigung ihrer Bautätigkeit, im vergleichbaren Vorjahrszeitraum lag der Anteil nur bei 44 Prozent.

Alle Angaben und Berechnungen beruhen auf Daten des Statistischen Bundesamtes (Destatis).

¹ Baubetriebe mit 20 und mehr Beschäftigten | ² kalenderbereinigt | ³ preis-, saison- und kalenderbereinigt